

Sozialistische Marktwirtschaft

Sozialismus-Konzeption für entwickelte kapitalistische Ökonomien und differenzierte bürgerliche Gesellschaften

Die nachstehenden Eckpunkte einer aktuellen Sozialismus-Konzeption für zeitgenössische Gesellschaften des ‚westlichen‘ Kapitalismus verstehen sich intentional als Konsequenz von Marx‘ Kritik der politischen Ökonomie und positive Wendung dessen, was Marx als ‚foreshadowing der Zukunft‘ im Sinne einer ‚werdenden Bewegung der Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse‘ (vgl. Marx, Grundrisse: 25) bezeichnet hatte. Da es sich hierbei um ein vielfach theoretisch und praktisch beackertes Gelände handelt, sind einige Abgrenzungen und Präzisierungen sinnvoll und notwendig. *Erstens*: Die von Marx im ‚Kapital‘ gegebene Kritik der politischen Ökonomie und durch die Kritik explizierte positive Darstellung der Funktions- und Bewegungsgesetze des Kapitalismus bleibt, bei aller notwendigen Ergänzung zur Erfassung der seit seiner Zeit vonstattengegangenen Entwicklungen, *das* Paradigma für die ‚richtige Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse‘ (vgl. ib.). Dies gilt auch und nachgerade gegenüber der Theorie und den wirtschaftspolitischen Vorschlägen von John Maynard Keynes, die, unter dem Eindruck der ersten ökonomischen Systemkrise des Kapitalismus verfasst, mit überkommenen Dogmen brechen und in vielen Punkten Übereinstimmungen mit Marx‘ Kritik der politischen Ökonomie aufweisen (vgl. Krüger 2012a). *Zweitens* sind verbreitete Missverständnisse der innermarxistischen Diskussion über die Sozialismus-Konzeption beiseite zu räumen. Zuvorderst gilt dies für eine korrekte Einordnung von Streitschriften von Marx und Engels – an prominentester Stelle Marx‘ ‚Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei‘, bekannt als Kritik des Gothaer Programms von 1875 (vgl. MEW 19: 15 ff.) und Engels‘ ‚Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft‘, bekannt als Anti-Dühring, hier insbesondere der zweite Abschnitt ‚Politische Ökonomie‘ (vgl. MEW 20; 136 ff.) –, die immer wieder als Beleg für die Unvereinbarkeit von marktwirtschaftlicher Steuerung der Ökonomie und Sozialismus und die Notwendigkeit eines möglichst umfassenden Volkswirtschaftsplanes zur Überwindung von Waren- und Geldverhältnissen herangezogen worden sind. Als Baupläne für eine nachkapitalistische, i.e. sozialistisch-kommunistische Ökonomie und Gesellschaft sind diese Schriften nicht nur nicht geeignet, sondern in ihrem Charakter als Kritik- und Streitschriften gegenüber reformistisch-(klein-)bürgerlichen Vorstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung verkannt. Diese stark durch W.I. Lenin in den Theoriekanon des Marxismus-Leninismus gehobene Interpretation (vgl. etwa LW 25: 393 ff.) hat bis heute, allen auch praktischen Gegenbeweisen zum Trotz, immer noch ihre Anhänger. *Drittens*: Eine Sozialismus-Konzeption im 21. Jahrhundert hat selbstverständlich die Ursachen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Scheiterns des sog. Realsozialismus in der Sowjetunion und den mittel- und osteuro-

päischen RGW-Ländern sowie des damaligen Jugoslawien aufzuarbeiten. Damit zusammenhängend sind die Reformen in den nach 1990 verbliebenen sozialistischen Staaten genau zu analysieren und zu bewerten. Dies gilt in erster Linie für die VR China (sowie Vietnam), aber auch für das Kuba unter Raul Castro.¹ *Viertens* schließlich ist getreu der Marxschen These, dass ‚der Kommunismus kein Zustand, kein Ideal ist, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird, sondern die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt‘ (vgl. MEW 3: 35), der Anschluss einer theoretischen Sozialismus-Konzeption an die praktischen Gegebenheiten des Hier und Jetzt herzustellen. Es geht, mit anderen Worten, um den politischen Kampf für eine Hegemonie eines politisch-ökonomischen Minimalkonsenses zwischen verschiedenen Akteuren, Bewegungen und Parteien, der theoretisch-praktisch weiter zu entwickeln ist zu einer schrittweisen Überwindung der Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse und -bedingungen und Herausbildung einer Pluralität sozialistischer Produktions- und Distributionsweisen nebst emanzipativer Ausgestaltungen der gesellschaftlichen Überbauten und öffentlich-staatlicher Formen.

1. Die Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Allokationen unter Knappheitsbedingungen

„Unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden, komme ich zu dem Ergebnis, dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte, oder mindestens kurz vor der Lösung stehen wird. Dies bedeutet, dass das wirtschaftliche Problem – wenn wir die Zukunft sehen – nicht das beständige Problem der Menschheit ist.“ (Keynes 1930: 141) Vom Standpunkt des Jahres 2014 besteht nur noch eine Frist von 16 Jahren Frist für die Erreichung des von Keynes formulierten Zieles; angesichts aufblühender kriegerischer Konflikte in Europa und den seit Jahrzehnten anhaltenden allgemeinen Zuspitzungen sozialer Ungleichheiten im Zeitalter des Finanzmarktkapitalismus, die durch die Große Krise von 2008/09 und ihre gegenwärtigen Ausläufer nochmals einen gewaltigen Schub gewinnen konnten, sind erhebliche Abstriche von Keynes‘ Zeitperspektive anzumelden.

Die Lösung des ökonomischen Problems als Überwindung der Knappheit verfügbarer Konsumtionsmittel im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen muss in einem weiteren Zugriff allerdings nach verschiedenen Seiten differenziert werden. Was die kapitalistischen Gesellschaften seit Mitte der 1970er Jahre erleben, ist ein mit der Überakkumulation von Kapital vorhandener Überfluss an produktiven Kapazitäten im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage der Gesellschaft nach Produkten eines gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks. Da unter kapitalistischen Bedingungen im Rahmen der Akkumulation des Kapitals nur Investitionen vorge-

¹ Vgl. dazu ausführlich meinen im nächsten Jahr erscheinenden Text: ‚Wirtschaftspolitik und Sozialismus, Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus‘ als Band 3 der ‚Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse‘.

nommen werden, wenn und sofern die mit ihnen zu erwirtschaftende Rendite – Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bei Keynes, erwartete marginale Proftrate in Marxscher Terminologie –, eine Risikoprämie neben und über dem Zinssatz als alternativer Ertragsrate erbringen, haben wir es im ersten Zugriff mit einem immanenten Verteilungsproblem zu tun, welches eine bessere Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten und ein höheres Wachstum der Nettoinvestitionen verhindert. Entsprechendes gilt für die Produktivitätsentwicklung, die positiv mit dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion korreliert ist. Eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse mit einer Rückführung der Ausspreizung zwischen unteren und hohen und höchsten Einkommen (Wiederherstellung einer gesellschaftlichen ‚Kompression‘) – nicht zu verwechseln mit einem fundamentalen egalitären Imperativ, der oftmals fälschlicherweise mit sozialistischen Auffassungen verbunden ist –, wäre daher ein erster Schritt zur Verminderung der Diskrepanz zwischen den an und für sich vorhandenen Möglichkeiten der Produktion und ihrer Realisierung durch die zahlungsfähig werdende Nachfrage. Eine durch veränderte Verteilungsverhältnisse eröffnete Perspektive zu einer nicht durch kapitalistische Überakkumulation beschränkten Vermehrung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten würde die Perspektive der Überwindung der Knappheit des Produktionspotenzials wieder in den Blick geraten lassen. Dies ganz im Sinne von Marx durch eine qualitativ und quantitativ veränderte Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit, die zu einem ‚Piedestal‘ für die Freisetzung der in den Produktionsmitteln inkorporierten Wissenschaft, der Anlagen und Fähigkeiten der lebendigen Arbeit – ‚extension of knowledge‘ (vgl. MEW 26.3: 434) – werden kann. In der langen Frist konnte auch Marx sich vorstellen, *dass „die Akkumulation ... keine neue Arbeit in Bewegung zu setzen, sondern ... nur der alten andre Richtung zu geben (braucht).“* (Ib.) Dies bedeutet perspektivisch eine beständig sinkende Rate der Akkumulation, wobei die Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte zusammen mit der periodischen Umwälzung der Arbeitsmittel bereits eine solche Produktivitätsentwicklung generieren kann, welche die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt mit absolut sinkenden (produktiven) Arbeitsvolumina ermöglicht. Allerdings unterstellt eine derartige Konstellation veränderte gesellschaftliche Bedingungen der Produktion, d.h. die Aufhebung des Konnexes zwischen (Kapital-) Akkumulation und immanentem Widerspruch der Mehrwertproduktion, also letztlich die Überwindung der unbedingten Profitabhängigkeit der Kapital(neu)bildung (vgl. Krüger 2010).

Die Überwindung der Kapital- bzw. Produktionsmittelknappheit ist aber noch nicht gleichbedeutend mit der Überwindung der Knappheitsbeziehung zwischen Warenangebot (Güter und Dienstleistungen) und dem Bedarf der Gesellschaft als von ihrer zahlungsfähigen Nachfrage unterschiedene Größe. Gemeinhin wird denn auch mit dem Knappheitsproblem die letztere Beziehung zwischen verfügbaren Ressourcen und gesellschaftlichen Bedürfnissen angesprochen, wodurch die bürgerliche Ökonomie den Tatbestand des Wirtschaftens generell begründet. Beschreitet man nicht den Weg, die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse zu bewerten und durch eine übergeordnete Instanz, z.B. eine gesellschaftliche Planungsbehörde die Art und Weise ihrer Befriedigung resp. Nicht-Befriedigung zu dekretieren und den

Subjekten zu oktroyieren², bleibt tatsächlich nur eine dezentrale Allokation zwischen Warenangebot und zahlungsfähiger Nachfrage über den Markt. Dieser Umstand wird nicht dadurch verändert, dass selbstredend einzuräumen ist, dass jedwede hinter der zahlungsfähigen Nachfrage stehende individuelle Bedürfnisentwicklung einer gesellschaftlichen, daher auch systemspezifischen Determination unterliegt. Aber diese ist indirekt und vielfach vermittelt, hatte doch gerade Marx auf die zivilisatorischen Eigenschaften der Zahlung des Lohns in Geld verwiesen, die den Arbeiter der bürgerlichen Gesellschaft im Unterschied zum Produzenten in vorbürgerlichen Gesellschaftsformen nicht von vornherein qualitativ, sondern nur quantitativ – und erst dadurch wieder qualitativ – von bestimmten Bedürfnissen und Genüssen ausschließt. Wie sensibel die Bevölkerung auf qualitative Ausschlüsse reagiert, seien sie durch gesellschaftliche Mangelsituationen oder von oben dekretierte Bedürfnisbewertungen erzeugt, konnte im Zusammenhang des Niedergangs und schließlich Untergangs der realsozialistischen Gesellschaften eindrucksvoll studiert werden. Die mit marktwirtschaftlicher Ressourcenallokation mögliche und gegebene Konsumentensouveränität ist also alles Andere als die perfide Erfindung einer bürgerlich-kapitalistischen Konsumideologie, ihre Missachtung ist strafbewehrt und bedeutet über kurz oder lang den Untergang eines Gesellschaftssystems, welches sich im Wettbewerb zu entwickelten Marktwirtschaften behaupten muss.

Das Plädoyer für eine marktvermittelte Ressourcenallokation lässt sich auch noch nach einer anderen Seite begründen. Tatsächlich ist eine funktionierende Marktallokation nicht voraussetzungslos, sondern höchst voraussetzungsvoll. Nur unter unentwickelten gesellschaftlichen Verhältnissen oder in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen kann eine zentrale Ressourcenzuweisung und ex-ante Planung überhaupt wirtschaftliche Erfolge erzielen. Dies war der Fall in der damaligen Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre sowie in der VR China in den ersten Jahrzehnten nach der erfolgreichen Revolution. Aber bereits die Frage, ob der Aufbau einer (schwer-) industriellen Basis der Volkswirtschaft in der Sowjetunion oder die Entwicklung in China nach der Revolution nicht auch durch eine andere, stärker dezentral und marktgesteuerte Wirtschaftspolitik mindestens ebenso gut hätte gelöst werden können, ist keineswegs umstandslos zu negieren. Tatsächlich hatte es ja im Rahmen der sowjetischen Industrialisierungsdebatte der 1920er Jahre durch N. Bucharin und Andere alternative Antworten gegeben, die die unter Lenin vollzogene Neue Ökonomische Politik (NÖP) fortsetzen wollten³, sich aber gegenüber der von Preobaschenskij vertretenen Position einer forcierten Industrialisierung durch ‚Abpumpen‘ des landwirtschaftlichen Surplus, der die von Stalin angeführte Mehrheit der

² Geradezu beispielhaft führt Ch. Bettelheim bei seiner Ableitung einer sozialistischen Planung diesen wertenden Eingriff von zentralen Institutionen vor; vgl. Bettelheim 1971).

³ Lenin hatte die NÖP ursprünglich nicht nur für einige Jahre, sondern für eine wesentlich längere Zeitperiode konzipiert. Allerdings ließen weder er noch Bucharin später Zweifel daran, dass mit der NÖP eine partielle Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse unter der Sowjetmacht gegeben sei, weil auch sie Marktwirtschaft und Sozialismus letztlich als Gegensätze betrachteten.

KPR(B)/KPdSU folgte, nicht durchsetzen konnten.⁴ Ein anderes Beispiel für eine mit zentraler Ressourcenzuweisung operierende Politik bietet die Umstellung der Ökonomie auf Kriegsproduktion sowohl am Vorabend des Ersten wie unter den Bedingungen des Nationalsozialismus vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Erfolge dieser Politik waren namentlich im ersten Fall daran geknüpft, dass es darum ging, innerhalb eines kritischen Zeitraums die Rüstungswirtschaft, also einen bloßen Ausschnitt des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses, durch direkte Eingriffe des Staates (Bewirtschaftungsmaßnahmen, Preisfestsetzungen etc.) in die zugrunde liegenden Marktverhältnisse zu expandieren. Ähnlich, wenngleich unter anderen Bedingungen, verlief die unmittelbare Rekonstruktion des Reproduktionsprozesses in den deutschen Westzonen nach dem II. Weltkrieg, in der es um die Beseitigung von gesellschaftlichen Engpässen im Transportsystem und beim Wohnungsbau ging. Nachdem die Wirtschaftskreisläufe und der gesamtwirtschaftliche Wert- und Stoffersatz wieder stabilisiert waren, wurden schrittweise die direkten Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückgenommen und durch marktorientierte Allokationen ersetzt.

Wird umgekehrt die zentral-administrative Planung, zudem in gesamtwirtschaftlichem Umfang beibehalten und nur in untergeordneter Weise mit marktwirtschaftlichen Steuerungselementen ergänzt, offenbart sich mit fortschreitender Ausdifferenzierung der Branchen-, Produkt- und Konsumtionsstruktur der Volkswirtschaft ein zunehmender Widerspruch zwischen zentralen Planungsvorgaben und Mängeln im Wert- und Stoffersatz der Reproduktion, der durch wachsende inoffizielle Marktbeziehungen zwischen den Produktionseinheiten geschlossen werden muss. Genau dies war das Schicksal der realsozialistischen Ökonomien im RGW-Raum (Sowjetunion und mittel-/osteuropäische Staaten). Der Versuch, die offenbar werdenden Mängel der Zentralplanung mit Mengenvorgaben und administrierten Preisen durch die Einführung einer größeren Eigenverantwortlichkeit der Betriebe – nach Bedienung der zentral festgelegten und an den Staat abzuführenden Abgaben – sowie ökonomischer Hebel zu beseitigen, war nicht durchgreifend erfolgreich. Bei aller Verschiedenheit der nationalen Ausgestaltung der Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre – Sowjetunion vs. CSSR/Ungarn, das Neue Ökonomische System der DDR als bloßes kurzes Intermezzo, dem unter E. Honecker eine wieder verstärkte Zentralisierung folgte – war ihr gemeinsames Manko, dass Geldgrößen und marktbestimmte Beziehungen zum Vehikel vorab gegebener zentraler Mengenvorgaben genutzt werden sollten. Dieses hybride System, das sodann durch das Aufkommen grauer und schwarzer, also inoffizieller Märkte ergänzt wurde (vgl. Aganbegjan 1989: 58), die zudem mit fortschreitender Zeit einen immer stärkeren Umfang annahmen, produzierte tatsächlich einen Widerspruch zwischen Plan- und Marktlogik, der selbstredend nur suboptimale Ergebnisse erzeugen konnte.

⁴ Auch für China lässt sich zeigen, dass nach den Erfolgen einer bloßen Schwerpunktplanung im ersten Fünfjahrplan die Position von Liu Shaoqi und Deng Xiaoping im ‚Kampf zweier Linien‘ auf die Auffassungen von Mao in der Landwirtschaftspolitik treffen. Die Position Mao Zedongs setzt sich durch, führt mit der Bildung von Volkskommunen zur Sozialisierung des gesamten bäuerlichen Eigentums und erlebt mit dem ‚Großen Sprung nach vorn‘ ihr Desaster (vgl. Bergmann 1996).

Die Schlussfolgerung lautet: Es gibt gesamtwirtschaftlich kein harmonisches Nebeneinander zwischen zentral-administrativer Volkswirtschaftsplanung und marktwirtschaftlicher Steuerung. Sobald sich die Branchen- und Produktstruktur in der Volkswirtschaft ausdifferenziert, sich Verkäufermärkte in Käufermärkte zu verwandeln beginnen und die Dynamik der Entwicklung mit der Steigerung der Produktivkräfte der Arbeit zunimmt, muss eine zentrale ex-ante Planung scheitern, wenn sie nicht auf mehr oder weniger fest umgrenzte Einzelbereiche der Reproduktion beschränkt ist. Der Versuch der Flexibilisierung der zentralen Planung durch Einführung einer größeren Autonomie der einzelnen Produktionseinheiten ist solange ebenfalls zum Scheitern verurteilt, solange die Defizite der zentralen Planung sich durch gewaltsam durchsetzende Marktbeziehungen Geltung verschaffen müssen; eine derartige naturwüchsig sich durchsetzende Bildung von grauen und schwarzen Märkten öffnet einer Parallel- oder Schattenwirtschaft Tür und Tor und ist der Bildungsort treibhausmäßiger Bereicherung und Korruption. Diesen Problemen ist nur dadurch zu entkommen, dass unter Knappheitsbedingungen und eines entwickelten gesellschaftlichen Systems der Arbeitsarten und Bedürfnisse der Marktsteuerung der wirtschaftlichen Aktivität der Primat zuerkannt wird. In diese Marktsteuerung kann wiederum interveniert werden, um ungewollte Ergebnisse zu vermeiden oder eigene Entwicklungsschwerpunkte und -prozesse zu begünstigen und im Einzelfall auch zu erzeugen; dies ist die Steuerungsaufgabe der Marktwirtschaft und einer ihrer wesentlichen systemspezifischen Merkmale, die ihr den sozialistischen Charakter verleiht.⁵

2. Waren-/Geldfetisch und Produktionsverhältnisse

a) Systemspezifischer Charakter der Produktionsverhältnisse

Es gehörte und gehört immer noch bei vielen Marxisten zur Grundüberzeugung, dass der sozialistische Charakter der Ökonomie durch eine (vermeintlich) bewusste Planung von Produktion, Distribution und Konsumtion determiniert wird und das anarchische Wirken des Wertgesetzes über die Warenform des Produkts und den Austausch der Waren über den Markt vermittelt des Geldes für den kapitalistischen Charakter der gesellschaftlichen Arbeit konstitutiv sei. Wenn dann doch innerhalb der sozialistischen Produktionsweise nicht nur Warenaustausch, sondern auch Wa-

⁵ Je nachdem, welche Ausgangsbedingungen herrschen, ist die Umsetzung einer gesellschaftlich gesteuerten Marktwirtschaft verschieden. Das Beispiel der Entwicklung der VR China seit den anfänglichen mit dem Namen von Deng Xiaoping verbundenen Wirtschaftsreformen seit 1978 zeigt, dass ihre schrittweise, sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Einführung möglich und sinnvoll ist – dies im Gegensatz zu den konterrevolutionären ‚Torheiten‘ einer Einführung der Marktwirtschaft in 1000 Tagen in der letzten Phase der Gorbatschow-Ära in der Sowjetunion. Jedoch ist die Grundsatzentscheidung: Primat der Marktsteuerung essentiell. Für den Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft aus den Verhältnissen des mehr oder weniger sozial- und interventionsstaatlich modifizierten Kapitalismus gelten naturgemäß andere Bedingungen. Aber auch hier ist ein evolutionäres Fortschreiten möglich und sinnvoll.

renproduktion stattfindet bzw. stattfinden muss, soll diese einen nachgeordneten Stellenwert gegenüber der zentralen Planung haben.⁶

Tatsächlich hatte ja auch Marx herausgestellt, dass *„Warenproduktion und Warenzirkulation ... Phänomene sind, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und Tragweite.“* (MEW 23: 128) Als derartige Phänomene determinieren Warenproduktion und -zirkulation daher auch nicht den gesellschaftlichen Charakter der Produktionsweisen, der vielmehr durch die jedesmalige Stellung der unmittelbaren Produzenten zu den gegenständlichen Bedingungen ihrer Produktion bestimmt wird. Im Kapitalismus sind dies die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und der Warencharakter seiner Arbeitskraft, die ihn zum Verkäufer auf einem speziellen Teilmarkt, dem Arbeitsmarkt, stempelt. Der massenhaft doppelt freie Lohnarbeiter bildet die Grundlage für die Allgemeinheit der Warenform des Produkts, d.h. der Zirkulation von Waren auf dem gesamtgesellschaftlichen Warenmarkt und schließlich für das Werden des Kapitals als Kapital zur Ware und die Zirkulation des zinstragenden Kapitals in Geld- und Warenform bis hin zu seinen jeweiligen Anlageformen, die zusammenfassend mit dem Begriff des fiktiven Kapitals bezeichnet werden. Dieser Zusammenhang von Warenzirkulation inkl. Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als Ware und kapitalistischen Produktionsverhältnissen hat Generationen von Marxisten dazu verführt, das Kind mit dem Bade auszuschütten und mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zugleich Ware und Geld zu negieren, ja diese Negation sogar zum Kriterium der Systemüberwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu machen.

Hierbei handelt es sich jedoch um einen fatalen Kurzschluss. Die Produktion und Reproduktion des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird durch die Zirkulation des Produkts als Ware nur vermittelt, beständig erzeugt jedoch durch die Verausgabung der produktiven Arbeit der Lohnarbeiter des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozess. Im Produktionsprozess spielt die fundamentale Subjekt-Objekt-Verkehrung zwischen lebendiger Arbeit und Produktionsmitteln als Kapital, das Direktionsverhältnis des Kapitalisten über seine Arbeiter als Herrschaftsverhältnis, daher die Fremdbestimmtheit der Verausgabung der lebendigen Arbeit und der Eigentumsausschluss des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit. Seinen zusammenfassenden Ausdruck erhält diese Subjekt-Objekt-Verkehrung des kapitalistischen Produktionsprozesses in dem Umstand, dass die Surplusarbeit des Arbeiters, die er über die Arbeitszeit zur Reproduktion seiner Arbeitskraft hinaus arbeitet, zur Bedingung sei-

⁶ Die Behauptung eines nicht antagonistischen Gegensatzes bleibt bloße Versicherung: *„Sozialismus und Warenproduktion sind Gegensätze. Man muß sie aber von solchen Gegensätzen unterscheiden, die im Rahmen eines einheitlichen Systems von Produktionsverhältnissen miteinander unvereinbar sind. ... Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Warenproduktion hebt jedoch nicht die Einheit des Systems der Produktionsverhältnisse im Sozialismus auf. Dieses System beruht ja gerade darauf, daß die eigentlich sozialistischen Produktionsverhältnisse und die ihnen entsprechenden Gesetze den Bereich der grundlegenden Produktionsverhältnisse darstellen, welche die Richtung der ökonomischen Entwicklung bestimmen. Die Verhältnisse der Warenproduktion spielen zwar eine wichtige, jedoch im Verhältnis dazu untergeordnete Rolle.“* (Autorenkollektiv 1972: 257)

ner Beschäftigung wird, d.h. der Möglichkeit, überhaupt arbeiten zu können. Im historischen Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktionsweise haben die Ausprägungsformen dieser Subjekt-Objekt-Verkehrung des unmittelbaren Produktionsprozesses gewechselt. Eine partielle De-Kommodifizierung der Arbeitskraft in der Prosperitätsperiode der kapitalistischen Metropolen nach dem II. Weltkrieg („Fordismus“) ist durch die strukturelle Überakkumulation und ihre Weiterung im aktuellen Finanzmarktkapitalismus einer erneuten Re-Kommodifizierung gewichen: Schwächung der Gewerkschaften, signifikante Verminderung tariflich bestimmter Arbeitsverhältnisse, Ersatz des sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Normalarbeitsverhältnis durch atypische Beschäftigungsformen und die Herausbildung eines sogenannten Prekariats als dauerhaft aus dem regulären Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Bezügen ausgegrenzte Bevölkerungsteile sind einige der Ausdrucksformen dieser Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft in der Gegenwart; wieweit diese Veränderung der industriellen und Arbeitsbeziehungen bereits fortgeschritten und im allgemeinen Bewusstsein verankert ist, wird deutlich anhand der Redeweise von notwendigen „Arbeitsmarktreformen“, die heutzutage allen Ländern vom wissenschaftlichen und medialen Mainstream verordnet werden.

Der systemspezifische Charakter der Produktionsverhältnisse wird also durch die tätige Verausgabung lebendiger Arbeit in der Produktion beständig produziert und reproduziert. Wenn es somit um die Negation kapitalistischer Produktionsverhältnisse geht, so zuvorderst um die qualitative Veränderung der Bedingungen der Arbeitsverausgabung im Produktionsprozess sowie der Gesamtheit ihrer das spezifische Herrschaftsverhältnis des Kapitals ausdrückenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die soziale Stellung der unmittelbaren Produzenten in Gesamtwirtschaft und Gesellschaft ausdrücken. Um auch hier den Charakter der schrittweisen Veränderung zu unterstreichen, ist an die Bedingungen des sozialstaatlich modifizierten Kapitalismus (und was davon noch erhalten ist) sowie die theoretischen Konzepte von „Wirtschaftsdemokratie“ anzuknüpfen. Eine vollendete wirtschaftsdemokratische „Corporate Governance“ hat eine Verteidigung sowie den Ausbau arbeitsrechtlicher Schutz- und Gestaltungsrechte der Beschäftigten zum Inhalt und greift über in die verantwortliche Mitgestaltung der sogenannten Unternehmerentscheidungen. Letztere markieren stets den Endpunkt existierender Mitbestimmungsmöglichkeiten und -rechte unter kapitalistischen Bedingungen und bestimmen dergestalt die Grenze der Einflussnahme von Betriebsräten und Gewerkschaften bei Betriebsänderungen. Diese „Unternehmerentscheidungen“, damit die Direktionsgewalt der Geschäftsführungen und die strukturelle Mehrheit der Anteilseignerseite in den Aufsichtsräten, sind unmittelbarer Ausfluss des kapitalistischen Privateigentums, also der Eigentumslosigkeit der unmittelbaren Produzenten. Die Mitgestaltung nicht nur bei Veränderungen bestehender Strukturen und Verhältnisse im Betrieb, sondern auch hinsichtlich der zukünftigen Gesamtausrichtung des Unternehmens – Was, Wie und Für wen der Produktion sowie Überschussverwendung – bildet das Herzstück der wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance und relativiert das aus dem Privateigentum entspringende Subordinationsverhältnis der abhängig Beschäftigten und ihrer Repräsen-

tanten entscheidend.⁷ Zur Befestigung dieser wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance ist eine eigentumsrechtliche Fundierung notwendig, d.h. die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, welche sich in einer Pluralität verschiedener juristischer Eigentumsformen und Unternehmensrechtsformen ausdrücken wird.⁸

Mit einer derartigen Funktions- und weiter eigentumsrechtlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist die Trennung des unmittelbaren Produzenten von den Verwirklichungsbedingungen seiner Arbeit aufgehoben. Damit haben zugleich der Warencharakter der Arbeitskraft und die Stellung und Funktion des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktes eine qualitative Änderung erfahren. Im Unterschied zum Kapitalismus, auch in seiner fordistischen Entwicklungsetappe mit der bislang weitgehensten De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft, ist nunmehr die Warenform der Arbeitskraft nur noch das Vehikel zur Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf die Sektoren und Branchen der Volkswirtschaft, ohne dass sich auf dem Arbeitsmarkt ein klassenbestimmtes Subordinationsverhältnis zwischen Unternehmen oder Arbeitskraftnachfragern („Arbeitgeber“) und Arbeitskraftanbietern („Arbeitnehmer“) geltend macht. Mit der wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance übernehmen die Unternehmen weitergehende Pflichten gegenüber ihren Beschäftigten bei notwendigen Betriebsänderungen und Umstrukturierungen; in den Fällen, in denen sich keine anderen adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten für freigesetzte Arbeitskräfte im selben Unternehmen oder Konzern ergeben, sind Beschäftigungsgesellschaften zu bilden, die neben Qualifizierungsprozessen zugleich neue Geschäftsfelder zu erproben haben.⁹

⁷ Dabei geht es nicht nur um betriebswirtschaftliche Tatbestände. Für strukturelevante Unternehmen ab einer gewissen Größenordnung ist neben dem sog. Arbeitsdirektor auch ein Posten in Vorstand/Geschäftsführung einzurichten, der Einbindung der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten in übergeordnete branchen-, regional und gesamtwirtschaftliche Ziele der Strukturpolitik zu verantworten hat. Vgl. dazu Punkt 4.

⁸ Im Unterschied zu Keynes' Konzeption der „Mixed Economy“, die in der Sozialisierung der Investitionsfunktion („somewhat comprehensive socialisation of investment“) gipfelt– „*Es ist nicht der Besitz der Produktionsmittel, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Ressourcen und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist.*“ (Keynes 1936: 319) –, ist von einer marxistischen Position die Eigentumsfrage gleich wesentlich wie die Frage operativen Geschäftsführung. Damit ist aber zugleich die Gegenposition zu der Verabsolutierung des Staats- oder gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln formuliert, die mit der Sozialisierung der Produktionsmittel zugunsten der proletarischen Staatsmacht bereits den sozialistischen Charakter der Produktionsweise garantiert sah.

⁹ Damit wird zur der ursprünglichen Funktion von Beschäftigungsgesellschaften zurückgekehrt, die unter dem Dach und der wirtschaftlichen Verantwortung des ursprünglichen Unternehmens neue Beschäftigungsmöglichkeiten für seine Beschäftigten ohne Entgeltminderungen zu generieren hatte – alles dies im Unterschied zu den heutigen Transfergesellschaften, durch die sich die freisetzenden Unternehmen freikaufen können und die Betroffenen oftmals nur mit einem Zeitverzug von weniger als einem Jahr in die Arbeitslosigkeit entlassen.

b) Reichweite der einfachen Fetischformen von Ware und Geld

Die Verwandlung der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit in gegenständliche und damit scheinbar natürliche Eigenschaften der Arbeitsprodukte als Waren ist dafür verantwortlich, dass das soziale Handeln der wirtschaftlichen Akteure gesellschaftliche Verhältnisse schafft, in die der Einzelne sachlich eingebunden ist und die sein bewusstes Tun bestimmen. Er agiert als persönlich unabhängiges und freies Individuum auf der Grundlage allseitiger sachlicher Abhängigkeit; sein Bewusstsein spiegelt diese Verhältnisse als quasi natürliche Verhältnisse wider, die als gesellschaftlich bedingte und beständig reproduzierte soziale Verhältnisse im Alltagsleben nicht durchschaut werden. Dieser Fetischismus der gesellschaftlichen Verhältnisse ist bedingt durch die Form des Arbeitsprodukts als Ware und des auf einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruhenden Warenaustauschs mit Geld als Vermittler der Warenzirkulation.

Im Kapitalismus unterliegt der persönlichen Unabhängigkeit der Subjekte und ihrer sachlichen Abhängigkeit voneinander aber zugleich das kapitalistische Herrschaftsverhältnis als antagonistisches Klassenverhältnis; es wird vermittelt und zugleich versteckt durch die Verwandlung des Werts resp. Preises der Arbeitskraft der abhängig Beschäftigten in den Wert resp. Preis der Arbeit selbst durch die Form des Arbeitslohns. Die Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeitszeit wird durch die Lohnform ausgelöscht und die Erfahrung von Ausbeutung durch erzwungene Ableistung unbezahlter Mehrarbeit im Produktionsprozess wird beständig relativiert durch die oberflächlichen Verhältnisse der Zirkulation, die als wahres Eden der angeborenen Menschenrechte erscheinen; je nachdem, ob die Kapitalakkumulation krisenhafter oder kontinuierlicher verläuft, werden die widersprüchlichen Momente im Bewusstsein nach der einen oder nach der anderen Seite hin verstärkt.¹⁰

Gewinnt die Einsicht in den kapitalistischen Charakter der Krisen jedoch eine größere Verbreitung und greift die Politik der Arbeiterklasse und ihrer Repräsentanten (Gewerkschaften, politische Parteien) über die bloße Verteidigung einstmaliger erreichter Standards und Schutzrechte hinaus auf alternative Formen praktizierter Negation und Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, stellen Kooperativfabriken der Arbeiter das ‚erste Durchbrechen der alten Form‘ dar und die ‚Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, sodass die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind‘ (vgl. MEW 25: 456). Interpretiert man Kooperativfabriken nicht eng, sondern subsumiert unter diesen Begriff verschiedenartige Formen der Überwindung des kapitalistischen Privateigentums und/oder der ihm ent-

¹⁰ Dabei ist die Erfahrung eines krisenhaft verlaufenden Akkumulationsprozesses mit offener zutage tretendem Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse der Arbeiters unter die Macht des Kapitals (und Willkür des Kapitalisten) keineswegs gleichzusetzen mit der Herausbildung von Klassenbewusstsein und der Bereitschaft zur Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung auf ihre sozialistische Veränderung. Die Ausbildung und Verstärkung von Klassenvorurteilen und rassistischen Anschauungen auch und gerade bei den arbeitenden (und arbeitslosen) Massen ist eine beständige Gefahr solcher Krisen und kann zur schleichenden Aushöhlung oder auch plötzlichen Aufhebung demokratischer Strukturen im politischen System führen – wie wir allenthalben gegenwärtig sehen können.

sprechenden Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital im Produktionsprozess, so zeigt bereits die bisherige Entwicklung in den kapitalistischen Gesellschaften eine große Mannigfaltigkeit derartiger Alternativstrukturen: Bildung von Genossenschaften, individuelles oder kollektives Belegschaftseigentum an Unternehmen, von gewählten Repräsentanten der Arbeiterklasse verwaltete Branchenfonds mit Eigentumstiteln an jeweiligen Unternehmen bis hin zu den verschiedenen Formen öffentlichen und staatlichen Eigentums an Betrieben und Unternehmen und jeweiligen Rückwirkungen auf Mitbestimmungsregularien und Beschäftigungspolitiken. Der Mangel aller dieser Alternativformen ist ihre Nischenexistenz neben einem dominierenden kapitalistischen Sektor und dadurch ihre Subsumtion unter die durch die Gesetze der Kapitalakkumulation bestimmten Marktverhältnisse an allen gesamtwirtschaftlichen Teilmärkten (Arbeits-, Waren- und Finanzmärkte).

So wertvoll viele praktische Erfahrungen dieser Alternativen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, auch die Erfahrungen des Scheiterns dieser Formen, sind, sie machen zweierlei deutlich: Zum einen die beschränkte Reichweite der Fetischgestalten der gesellschaftlichen Verhältnisse und zwar nicht nur der einfachen Formen des Waren- und Geldfetischs, sondern auch der verschiedenartigen Formen des Kapitalfetischs, der genau mit veränderten Organisations- und Eigentumsformen der Unternehmen angegangen und durchschlagen wird. Zum anderen wird deutlich, dass die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse nicht auf Einzelfälle beschränkt sein kann, sondern eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung und Mächtigkeit gewinnen muss. Die Realisierung einer wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance in allen Unternehmen, zumindest ab einer bestimmten Größenordnung als bindende gesetzliche Vorschrift und vielfach durch die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln unterlegt sowie die Durchsetzung einer wirksamen makroökonomischen Steuerung der Marktverhältnisse neben den Gesetzen betriebswirtschaftlicher Unternehmensführung und Akkumulation sind die wesentlichen Grundlagen dafür, dass die Nischenexistenz der Kooperativfabriken überwunden und ihre Subsumtion unter das dominierende kapitalistische Produktionsverhältnis beseitigt werden kann.

c) Indienstnahme des Kredits zur Marktsteuerung

Es ist kein Zufall, dass Marx im Zusammenhang mit den Formen des Kreditwesens auf die Kooperativfabriken der Arbeiter zu sprechen kommt und überhaupt dem Kredit Eigenschaften zuweist, die in einigen Punkten zur „*Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst*“ (MEW 25: 454) führen. Dies betrifft die Bildung von Gesellschaftskapital als Kapital direkt assoziierter Individuen (vgl. ib.: 452) in Gestalt der Aktiengesellschaften, aber auch die Etablierung einer gesamtwirtschaftlichen Rechnungsführung durch die Entwicklung des Banksystems mit der Zentralbank an der Spitze (vgl. ib.: 620) samt den Möglichkeiten der Geldpolitik, auf Wirtschaftskrisen einzuwirken.

Um in diesem Zusammenhang zu den richtigen Einordnungen und Bewertungen zu kommen, ist zunächst folgende Unterscheidung wichtig: Das zinstragende Kapital

als antediluvianische parasitäre Kapitalform wird im Kapitalismus durch das Kredit-system den Bedingungen des industriellen Kapitals subsumiert.¹¹ Allerdings geschieht dies in selbst widersprüchlicher Art und Weise, bewegen sich doch die Akkumulation des reproduktiven (industriellen und kommerziellen) Kapitals und des Geldkapitals (samt seiner verschiedenen Anlageformen in Form des fiktiven Kapitals) in einem latenten bis manifesten Widerspruch zueinander (vgl. Krüger 2010: 564 ff.). Zu differenzieren ist daher zwischen dem zinstragenden Kapital einerseits und dem Kredit als Instrument zur Übertragung eines Eigentumstitels für eine begrenzte Zeit vom Verleiher auf einen Borger. Das Bankwesen sowie die Finanzmärkte für Anleihe- und Aktienemissionen sind die Institutionen, mit denen sich durch den Kredit eine Verteilung des gegenwärtig unbeschäftigten Geldes (Geldkapitals) vollzieht – im Kapitalismus entweder entsprechend den Bedürfnissen der reproduktiven Kapitalakkumulation und/oder den Bedürfnissen der Finanzspekulation. Als Mittel zur Verteilung des gegenwärtig verfügbaren und unbeschäftigten Geldes auf die reproduktive Akkumulation geben Kredit und Bankwesen zugleich mächtige Steuerungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaft an die Hand. Bedingung für eine derartige Steuerung ist die Ausschaltung der unter kapitalistischen Bedingungen mit dem zinstragenden Kapital verknüpften Spekulation namentlich an den Sekundärmärkten der Börsen, die Transformation des Zinses aus einer marktbestimmten Verwertungsgröße in einen politisch kontrollierten bis administrierten Preis und die Indienstnahme der Kreditvergabe durch die Strukturpolitik im Rahmen der makroökonomischen Steuerung der reproduktiven Akkumulation.

Bedingungen für diese Funktionalisierung des Kredits zur Steuerung der Akkumulation entsprechend strukturpolitischen Vorgaben und Zielstellungen ist zunächst ein wirksamer Durchgriff auf die Geschäftspolitik des Bankensystems. Die Zentralbank als öffentliches Institut und ihre nach makroökonomischen Zielen ausgerichtete Geldpolitik bleibt Dreh- und Angelpunkt des Kreditsystems. Die Geldpolitik ist ihrer eindimensionalen Zielbestimmung – Sicherung des Geldwerts als binnenwirtschaftliche Kaufkraft einer (nationalen) Währungseinheit – zu entkleiden und funktional auf den gesamten Finanzmarkt – d.h. nicht nur den kurzfristigen Geldmarkt –, auszurichten und in die anderen Makropolitiken kohärent einzuordnen.¹² Damit erhält die

¹¹ Vgl. MEW 25: 613: „Die Entwicklung des Kreditwesens vollbringt sich als Reaktion gegen den Wucher. ... Im großen und ganzen wird das zinstragende Kapital im modernen Kreditsystem den Bedingungen der kapitalistischen Produktion angepaßt.“

¹² Eine derartige Erweiterung der Rolle der Geldpolitik als ‚Quantitative Easing‘ der wichtigsten Zentralbanken erleben wir gegenwärtig als Reaktion auf die nach wie vor schwelende Große Krise und den nach wie vor mit toxischen fiktiven Kapitalien verseuchten Bankenportfolios, Verschuldungsabbau von Unternehmen, öffentlichen Haushalten und Privatpersonen (sog. ‚De-Leveraging‘) sowie Investitionsattentismus der Unternehmen als Konsequenz stagnierender reproduktiver Wertschöpfung und latenten bis manifesten Deflationstendenzen an den Warenmärkten. Durch eine ultralockere Geldpolitik mit Ankaufsinterventionen der Zentralbanken an den Finanzmärkten und bei Geschäftsbanken, der massiven Schöpfung von neuem Zentralbankgeld und extrem niedrigen Zinsen über die gesamte Breite der Fristigkeiten sollen die aufgetretenen Krisenprozesse beseitigt werden. Weil dieses ‚Quantitative Easing‘ jedoch krisengetrieben ist und im Verein mit einer nach wie auf rigide Konsolidierung orientierten Fiskalpolitik der öffentlichen Haushalte und einem dem

Zentralbank Steuerungspotenz für die Gesamtheit der Zinssätze, die somit zur Basis strukturpolitisch begründeter Zu- und Abschläge werden. Dies bedeutet nicht den Verlust der Bankeigenschaft der Zentralbank, wohl aber die Aufhebung ihrer Autonomie gegenüber der sonstigen staatlich-öffentlichen Wirtschaftspolitik. Mit der Erweiterung des Felds der Zentralbankpolitik ist zugleich die Erweiterung des Durchgriffs der Makropolitiken auf das Geschäftsbanksystem gegeben. Wenn es einen Sektor der Volkswirtschaft gibt, in dem eine möglichst umfassende Überführung in öffentliche Eigentumsformen sinnvoll und notwendig ist, ist es der Bankensektor mit- samt den Börsen als Märkten für langfristiges Geld(kapital). Eine strikte Regulierung der Sekundärmärkte der Börsen und das Verbot genuin spekulativer Geschäfte wie Leerverkäufe aller Art, des Hochfrequenzhandels sowie einer für Arbitragegeschäfte prohibitiv wirkenden Finanztransaktionssteuer sind unbedingte Erfordernisse zur Verminderung und schließlich Verhinderung der Spekulation und der Beseitigung des parasitären Charakters des zinstragenden Kapitals.

3. Pluralität der Eigentumsformen

a) Eigentum und juristische Eigentumsformen im produktiven Unternehmenssektor

Die sozialistische Marktwirtschaft beruht auf drei Pfeilern: erstens der wirtschafts-demokratischen Corporate Governance für die Unternehmensführung, zweitens dem gesellschaftlichen Eigentum der assoziierten Produzenten und drittens der makro-ökonomischen Steuerung der Marktallokation. Damit sind zugleich wesentliche, d.h. qualitative Unterschiede zu den Keyneschen Vorstellungen einer ‚Mixed Economy‘ formuliert; Letztere konnte zudem in der Realität kapitalistischer Gesellschaften nie umfassend realisiert werden.

Wenn hier von gesellschaftlichem Eigentum der assoziierten Produzenten gesprochen wird, so wird ein emphatischer Eigentumsbegriff unterlegt, wie Marx ihn allgemein bestimmt hatte: ‚Eigentum meint nichts als das Verhalten des Menschen zu seinen natürlichen und gesellschaftlich erzeugten Produktionsbedingungen als den seinen; es wird verwirklicht durch die Produktion als tätigem Aneignungsakt der Natur‘ (vgl. Marx, Grundrisse: 375 ff.). Gesellschaftliches Eigentum der assoziierten Produzenten bedeutet demnach, dass die unmittelbaren Produzenten als gesellschaftlich kombinierter produktiver Gesamtarbeiter ihren Produktionsprozess unter gemeinschaftlicher Kontrolle vollziehen und als Eigentümer über die Bedingungen der Produktion, ihr Resultat sowie ihre gesamtgesellschaftlichen Bedingungen bestimmen. Gegenüber diesem fundamentalen Eigentumsbegriff sind die verschiedenen juristischen Eigentumsformen nur je spezifische Ausgestaltungen im gesellschaftlichen Überbau, in denen sich im Kapitalismus Eigentum bzw. Nichteigentum und in einer sozialistischen Ökonomie unterschiedliche Grade und Ausmaße der Mitentscheidung

einzelwirtschaftlichen Profitkalkül geschuldeten Investitionsattentismus der Unternehmen auftritt, wird es für sich allein nicht in der Lage sein, einen Turnaround des Akkumulationsprozesses zu initiieren.

und Mitwirkung der Beschäftigten über die Unternehmensentscheidungen reflektieren. Marx hatte selbst für nachkapitalistische Gesellschaften genossenschaftliche Eigentumsformen favorisiert, welche wiederum in unterschiedlichen Unternehmensrechtsformen vom kommunalen Eigentum, den privatrechtlichen Formen von Aktiengesellschaften bis hin zu eigentlichen Genossenschaften strukturiert werden können.

Vor dem Hintergrund dieser Parteinahme für genossenschaftliche Unternehmensformen von Marx ist das im Realsozialismus seit der Stalin-Ära als höchste Form sozialistischen Eigentums gepriesene Volkseigentum als Staatseigentum ein Irrweg. Allerdings gibt es Entsprechungsverhältnisse zwischen bestimmten juristischen Unternehmensrechtsformen und den ihnen obliegenden Aufgaben und Funktionsbindungen. So ist staatliches Eigentum für strukturpolitische Steuerungsinstitutionen wie Beteiligungsgesellschaften, Banken mit wirtschaftspolitischen Spezialaufgaben und Management-Agenturen sowie überregionale materielle Infrastrukturen prädestiniert, kommunales Eigentum für dezentrale Infrastrukturen und lokale Versorgungsdienste. Gleichwohl bleibt es letztendlich dem politisch bestimmten allgemeinen Willen der Gesellschaft vorbehalten, ob oder ob nicht eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung durchgeführt wird oder ggf. eine Entlassung eines staatlichen oder kommunalen Unternehmens in eine privatrechtliche Rechtsform durchgeführt wird. Wie bereits angedeutet, sind genossenschaftliche Eigentumsformen bei Aktiengesellschaften im Belegschaftsbesitz oder mit überregionalen fondsgebundenen Belegschaftsbeteiligungen, bei eingetragenen Genossenschaften oder auch bei Belegschaftsbeteiligungen an Privatunternehmen möglich und unter sozialistischen Vorzeichen auch anzustreben. Neben diesen vielfältigen Formen vergesellschafteten Eigentums wird ein mehr oder weniger großer Sektor von Privatunternehmen als Personengesellschaften und eigentümergeführter Unternehmen bestehen bleiben, der durch bindende Regeln und gesetzliche Vorgaben auf eine wirtschaftsdemokratische Corporate Governance, d.h. substanzielle Einschränkungen der aus dem Privateigentum entspringenden unternehmerischen Dispositionsautonomie in die sozialistischen Produktionsverhältnisse eingebunden ist. Entsprechendes gilt für Selbstständige namentlich im Dienstleistungssektor.

In jeder real existierenden Volkswirtschaft gibt es stets eine Mehrzahl verschiedener Produktionsverhältnisse, jedoch stets eines, welches den anderen den Rang zuweist und dadurch den Gesamtcharakter der Produktionsweise determiniert. Dieser Umschlag von quantitativ verschiedenen Produktionsverhältnissen, die sich auch in den juristischen Eigentumsformen ausdrücken, in eine spezifische Qualität gilt auch für die sozialistische Marktwirtschaft mit der oben skizzierten Pluralität von Eigentumsformen. Insofern flankieren gesellschaftliche Eigentumsformen nicht nur die Sozialisierung der Unternehmerentscheidungen innerhalb der wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance, sondern markieren auch die kritische Masse in der Gesamtwirtschaft, ab der eine wirksame makroökonomische Steuerung der Marktprozesse statthaben kann.

b) Reorganisation des öffentlichen und Gemeinwirtschaftssektors

Neben dem in vielfältigen Unternehmensrechtsformen organisierten produktiven Wirtschaftssektor existieren mit dem Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) sowie den sogenannten Privatorganisationen ohne Erwerbscharakter zwei unter struktur- und beschäftigungspolitischen Aspekten, Einkommensumverteilungen und Konsumtionsprozessen relevante Bereiche, die auch im Kapitalismus nicht dem kapitalistischen Produktionsverhältnis direkt unterliegen und innerhalb einer sozialistischen Marktwirtschaft wesentliche Transformationsaufgaben übernehmen können.

Die Reorganisation der sozialstaatlichen Institutionen und Aufgaben, die in vielen Elementen ihre kapitalistisch-bürgerlichen Entstehungsarben an sich tragen und überkommene Ungleichheiten reproduzieren, betrifft die Aufhebung der subsidiären Position des Sozialstaats gegenüber persönlichen (Abhängigkeits-) Beziehungen in den Familien sowie die Beseitigung mitgeschleppter korporativer Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von nicht-selbstständigen Beschäftigten, dem Verhältnis zwischen nicht-selbstständigen und selbstständigen Beschäftigten sowie innerhalb der Nicht-Erwerbstätigen (z.B. Rentner vs. Pensionsbezieher). Die Integration aller Zweige der Sozialversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung weist die Perspektive; ihre Basis ist ein integrierter Sozialhaushalt mit Pflichtbeiträgen aller Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Anspruchsberechtigungen für monetäre und Realtransfers gemäß weitgehend egalitären Prinzipien.¹³ Die solidarische Umverteilung in und durch diesen gesamtgesellschaftlichen Sozialhaushalt ist dabei ein bewusstes Konstruktionsmerkmal.¹⁴

Die Erbringung von Realtransfers, d.h. öffentlichen Dienstleistungen für den kollektiven Konsum der Privathaushalte ist dabei nicht notwendigerweise eine staatliche Angelegenheit bzw. eine genuine Aufgabe des Staates. Alternative Organisationsformen in Non-Profit-Gesellschaften bilden die Basis eines eigenen Gemeinwirt-

¹³ Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung treten bei Vorliegen des Versicherungsfalls unabhängig von der Höhe der vorherigen Sozialbeitragszahlungen ein. In der Gesetzlichen Rentenversicherung gilt wie in der Arbeitslosenversicherung das Äquivalenzprinzip zwischen der Höhe der an die erzielten Einkommen gebundenen Beiträge und der gezahlten Renten (oder Arbeitslosengeldes). Diese auf die sog. Lebensleistungsrente abstellende Äquivalenz ist allerdings sowohl nach unten – armutsfeste Mindestrente – als auch nach oben – Maximalrente bei gleichzeitig aufzuhebender Beitragsbemessungsgrundlage – zu modifizieren.

¹⁴ Ein derartiger Pro-forma-Sozialhaushalt hätte in der Bundesrepublik aktuell (Zahlen für das Jahr 2012) einen Umfang von rd. 760 Mrd €. Er beinhaltet auf der Ausgabenseite die von den Privaten Haushalten empfangenen Geldtransfers i.H.v. 479 Mrd € – davon 292 Mrd € von den Sozialversicherungen, 52 Mrd € aus privaten Sicherungssystemen (Betriebsrenten), 60 Mrd € Beamtenpensionen u.ä. sowie 75 Mrd € Geldleistungen von staatlichen Einrichtungen –, 227 Mrd € soziale Sachtransfers (Dienstleistungen) – davon 185 Mrd € von Sozialversicherungen (z.B. Arztleistungen, Medikamente, Krankenhausleistungen) und 42 Mrd € von Gebietskörperschaften (Sozialhilfe und sonstige Leistungen der sozialen Sicherung –; hinzu kommen 53 Mrd € Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen (Leistungen aus Kapitallebensversicherungen), die neben individueller Vermögensbildung großenteils zur privaten Altersvorsorge dienen. Damit liegt das Volumen dieses Sozialhaushalts einer Bürgerversicherung etwa um ein Drittel höher als das jetzige Volumen nur der Sozialversicherungszweige (ohne Leistungen aus dem Staatsbudget).

schaftssektors neben dem eigentlichen Staatssektor. Die dezentrale und gemeinwirtschaftliche Organisation von sozial-kulturellen Diensten kann daher auch als Beitrag zur Rücknahme der Verselbstständigung staatlicher Organisationsformen durch Übertragung in zivilgesellschaftliche Regie verstanden werden. Die Organisation staatlicher Kernfunktionen als möglichst einfache, transparente und bürgernahe Verwaltungsfunktionen macht darüber hinaus ernst mit der seit der Pariser Kommune erhobenen sozialistischen Forderung eines allmählichen Absterbens des Staates durch Rücknahme seiner für die bürgerliche Gesellschaft typischen Verselbstständigung gegenüber der Gesellschaft (vgl. MEW 17: 544 und passim).

Die ökonomische Existenz dieser gemeinwirtschaftlichen und staatlichen Organisationen und Haushalte bleibt die Erhebung von Steuern und Abgaben sowie eine administrative Preisregulierung im Rahmen von Benutzungsgebühren und Kostenpreisen. Damit sind zugleich Ansatzpunkte und Hebel gegeben, um perspektivisch die Bereitstellung einer immer größeren Anzahl derartiger sozial-kultureller Dienstleistungsangebote ohne Geldäquivalent, d.h. als freie Leistungen ohne monetäre Budgetrestriktion für die Nutzer zu bewerkstelligen. Hierdurch wird die Perspektive kommunistischer Distributionsformen – ‚jedem nach seinen Bedürfnissen‘ – eröffnet und verbreitert (vgl. Pkt. 5).

4. Stellenwert, Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente der Strukturpolitik

a) Strukturpolitik als Makropolitik

Der auf kapitalistischer Grundlage bestehenden ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ gelten die staatliche Finanzpolitik sowie die Geldpolitik der Zentralbank als die beiden makroökonomischen Daten für die Kapitalakkumulation setzenden Politiken; je nach konzeptioneller Ausrichtung werden diese Politiken mehr stetig-konstant (im monetaristischen Paradigma) oder veränderlich-diskretionär (in keynesianischen Paradigmen) gehandhabt. Neben Geld- und Finanzpolitik gilt die sektorale und regionale Strukturpolitik demgegenüber nur als untergeordnete, auf einzelne Branchen und/oder Regionen der Volkswirtschaft bezogene Politik. Darin kommt der nachgeordnete Stellenwert staatlicher Wirtschaftspolitik gegenüber den immanenten Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation zum Ausdruck.

Die sozialistische Marktwirtschaft erhebt demgegenüber auch und gerade die Strukturpolitik in den Status einer makroökonomisch ausgerichteten Politik, weil die Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Akkumulationsprozesses durch gesellschaftlich abgestimmte Vorgaben dem Wirken des Wertgesetzes in der Konkurrenz entgegengestellt wird. Es ist kurz anzudeuten, was unter einer derartigen strukturpolitischen Steuerung des Akkumulationsprozesses zu verstehen ist, um deutlich zu machen, worin bei der sozialistischen Marktwirtschaft einerseits die Abgrenzung gegenüber einem sozial- und interventionsstaatlich regulierten Kapitalismus (‚Soziale Marktwirtschaft‘) und andererseits der Unterschied zu den durch ein gewisses Maß

an Dezentralisierung und indirekter Steuerung reformierten Wirtschaftssystemen des seinerzeitigen Realsozialismus besteht.

Der räumliche Bezugspunkt für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik als sozialistische Entwicklungspolitik ist für uns heutzutage ungeachtet der dadurch sich ergebenden zusätzlichen Restriktionen und Abstimmungsschwierigkeiten ein gesamteuropäischer Reproduktionsprozess. Da dieser als ökonomisches Ganzes gegenwärtig nur in Fragmenten existiert, geht es um weitere europäische Integrationsschritte sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet. Insbesondere ist der gegenwärtige Hybridcharakter der Ökonomie Europas, der auch für die am weitesten supranational integrierte Euro-Zone besteht, zu überwinden. Dies impliziert Vereinheitlichungen zwischen den nationalen Volkswirtschaften in vielerlei Bereichen. Ziele sind dabei die Überwindung der nationalen Verfasstheit der Arbeitsmärkte durch politische Förderung der örtlichen Flexibilität der Arbeitskräfte durch konzentrierte Qualifikationsmaßnahmen und Vereinheitlichung sozialer Standards auf hohem Niveau, d.h. die Herstellung einer wirklichen Sozialunion. Des Weiteren ist die Integration der Warenmärkte weiter zu treiben durch Vereinheitlichung von Rahmenbedingungen wie indirekten Steuern sowie Produktnormen etc. (Vollendung des Binnenmarktes). Schließlich sind die Steuerungsinstrumente für die einheitliche Währung durch die Europäische Zentralbank im oben genannten Sinne zu komplettieren und zu verändern und die Verfassung der Finanzmärkte durch einheitlich-europäische Rahmenbedingungen und Regulierungen (Bankenunion, Transformation des European Stability Mechanism (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds) zu nivellieren.

Diese weitergehende Integration der gegenwärtigen Euro-Zone und weiter der Europäischen Union insgesamt in Richtung auf einen europäischen Reproduktionsprozess oder eine europäische Volkswirtschaft kann nur funktionieren, wenn der realökonomische Unterbau, d.h. die reproduktive Wertschöpfung und ein bis auf Weiteres notwendiges Wirtschaftswachstum sich prosperierend entwickeln. Dabei geht es – neben Krisenüberwindung, die vorliegend nicht im Fokus steht – um ein strukturpolitisches Entwicklungsleitbild für diesen europäischen Reproduktionsprozess, welches nachfolgende Elemente aufweisen könnte und sollte:

- Forcierung des Binnenaustausches der Warenströme, also das, was Keynes seinerzeit unter dem Aspekt des Verhältnisses von Außen- und Binnenwirtschaft mit dem Begriff ‚nationaler Selbstgenügsamkeit‘ empfohlen hatte sowie Kontrolle grenzüberschreitenden Geldströme in der Perspektive einer neuen Weltmarktverfassung;
- Formulierung und Verständigung auf übergreifende Querschnittsziele, bspw. Schaffung einer Energiebasis durch erneuerbare Energien, nachhaltiges Wachstum durch gesamtwirtschaftliche Ressourcenökonomie (Werkstoffe, Abfälle/Emissionen);
- Identifikation von sektoralen Förderschwerpunkten, um Leitbranchen durch Forschungs- und Technologiepolitik zu entwickeln und zu stärken, auch im Hinblick auf die Position der europäischen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt;

- Wirksamer Ausgleich national-regionaler Entwicklungsunterschiede durch Infrastrukturentwicklungen und Regionalförderung mit ausreichend bemessener Mittelausstattung;
- Schaffung und Fortentwicklung grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen durch gezielte Bildung von Clustern und Abstimmung einer europaweiten Arbeitsteilung auf Basis komparativer Vorteile.

Etliche der genannten Zielstellungen existieren bereits in nuce und sind teilweise auch ausgesprochene Förder- und Politikbereiche der existierenden Institutionen der Europäischen Union – allein, ihre tatsächliche Umsetzung bleibt nicht nur weit hinter den Vorstellungen und Projektionen zurück, sondern scheitert namentlich an den selbstgesteckten politischen Grenzen, denen sich die verantwortlichen Akteure unterwerfen. Der letzte Grund sowohl für die Restriktionen der europäischen Integration als auch für eine allenfalls suboptimale Entwicklung zurückgebliebener Regionen und Länder liegt letztlich in den Widerständen begründet, die die kapitalistische Konkurrenz zwischen den Nationalkapitalen sowie den Nationalstaaten immer aufs Neue hervorbringt. Die Hemmnisse für die Entwicklung eines europäischen Reproduktionsprozesses liegen daher in den Widerständen begründet, die eine kapitalistische Produktionsweise einer supranationalen Integration entgegenstellt.

b) Rahmenbedingungen für die Ware-Geld-Beziehung in der sozialistischen Marktwirtschaft

Wenn die Funktionsweise einer sozialistischen Marktwirtschaft beschrieben wird, ist unter strategischen Aspekten zunächst die Zuordnung der einzelnen wirtschaftlichen Einheiten auf ihre drei großen Sektoren – Marktsektor, privat-zivilgesellschaftlicher Sektor und öffentlicher Sektor – fundamental. Nachfolgend steht der Marktsektor im Fokus.

Auch eine sozialistische Marktwirtschaft benötigt politisch bestimmte Rahmenbedingungen im Sinne einer Marktordnung und -aufsicht sowie einer Wettbewerbskontrolle gegenüber den selbstständigen wirtschaftlichen Einheiten, die im Marktsektor die Form von Unternehmen (‘legal entities’ im Unterschied zu ‘volkseigenen Betrieben’) haben. Solche selbstständigen Unternehmenseinheiten mit verschiedenen Eigentumsformen und einer gesetzlich festgeschriebenen wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance für ihre internen Strukturen und die ‘industrial relations’ sind verantwortlich für ihr Leistungsportfolio (Produktprogramm, Fertigungstiefe), die Preisfestlegung ihrer Lieferungen und Leistungen gemäß den Angebot-Nachfrage-Konstellationen am gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt, der Lieferantenwahl sowie für ihre Investitionen und die Verwendung der erwirtschafteten Überschüsse. Die marktwirtschaftliche Ressourcenallokation bedingt dezentrale Unternehmensentscheidungen innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen. Dies impliziert auch eine regulierende Rolle der Profitrate, d.h. die Orientierung an der Steigerung der individuellen Überschüsse soweit dies mit dem veränderten Zielsystem der wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance vereinbar ist: Die Überschusserzielung bleibt

somit ein Ziel und Zweck des Wirtschaftens der marktwirtschaftlich agierenden Unternehmen neben den weiteren Aufgaben, über die die Repräsentanten der Mitarbeiter und anderer gesellschaftlicher Gruppen (in Vorständen/Geschäftsführungen sowie Aufsichtsräten) wachen und mitbestimmen. Dies unterscheidet eine sozialistische Marktwirtschaft von den marktorientierten Reformen, die mit unterschiedlicher Intensität und Breite in den seinerzeitigen realsozialistischen Ländern konzipiert und umgesetzt worden waren und die es in der Realität nie zu dieser Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Unternehmen gebracht haben.¹⁵

Für die Konsumtionsmittel-Produktion (Wirtschaftsabteilung II) gelten diese Bedingungen ohne größere Einschränkungen, jedenfalls für ihre laufende Reproduktion. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass unter Knappheitsverhältnissen und monetärer Budgetrestriktion aufseiten der Nachfrage die Freiheit der Wahl (Konsumentensouveränität) eine marktwirtschaftliche Regulierung von Angebot und Nachfrage erfordert.¹⁶ Die Suche nach und Entwicklung von neuen Produkten, die neue Bedürfnisse befriedigen (und erzeugen) sowie die Vielfalt des Angebots auf den Märkten bilden Errungenschaften einer Überflussökonomie mit Käufermärkten, die den Konsumenten mit der Perspektive einer immer weiteren Relativierung ihrer monetären Budget- und Nachfragerestriktion zugutekommen sollen. Eine Reglementierung von Bedürfnissen und Nachfrage ‚von oben‘ ist strikt abzulehnen; die durch gesellschaftliche Entwicklungen (mit-) bestimmte Bedürfnisentwicklung der Individuen der sozialistischen Gesellschaft entscheidet autonom über Nachfragen nach Produkten und Dienstleistungen, die ihr jeweiliges Angebot finden sollen.

Anders liegt die Sachlage bei den Investitionen und namentlich bei den Produzenten der Investitionsgüter. Hier kommt auf der Grundlage der Marktallokation die strukturpolitische Steuerung des Akkumulationsprozesses zum Tragen. D.h. die makroökonomische Steuerung hat auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Steuerungsinstitutionen vordringlich die Beeinflussung von Investitionen und namentlich die Beeinflussung der Produktion im Investitionsgütersektor zum Gegenstand. Zielbestimmungen sind hier die auf die verschiedenen Ebenen (supranational, national, regional etc.) herunter gebrochenen und konkretisierten Ziele der struktur-

¹⁵ Dies gilt auch für die Varianten, die die Dezentralisierung von wirtschaftlichen Entscheidungen am weitestgehenden durchgeführt haben wie in Ungarn sowie im sog. Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens. Abgesehen von Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, die dem niedrigeren Entwicklungsstand dieser Volkswirtschaften geschuldet waren, ist es nie gelungen, eine harmonische Einheit von Marktallokation und sozialistischen Entwicklungszielen sowie einer praktizierten Wirtschaftsdemokratie (Rolle der Betriebsdirektoren, Verhältnis zu den Arbeiterkollektiven etc.) herzustellen. Gleichwohl ist es lohnend, neben der Analyse gegenwärtig existierender sozialistischer Marktwirtschaften (VR China) diese Reformbemühungen in den untergegangenen realsozialistischen Gesellschaften gründlich zu analysieren.

¹⁶ Selbstverständlich gelten dabei gesetzlich und/oder ökonomisch geregelte Einschränkungen für gesundheitsschädliche und ethisch von der Gesellschaft abgelehnte Angebote; dies zeichnet auch die gegenwärtige Realität des sozial regulierten Kapitalismus aus. Die Freiheit der Konsumwahl schließt aber Reglementierungen von Bedürfnissen und Anschauungen wie sie teilweise im überkommenen Realsozialismus anzutreffen waren oder von selbsternannten Eliten aus vermeintlich höheren Einsichten der Bevölkerung aufoktroiert werden sollen, aus.

politischen Entwicklungsleitbilder. Diese bilden eine makroökonomische Guidance für mehrjährige Planungen, die im Rahmen ihrer fortschreitenden Realisierung einjustiert werden (Planungen als ‚moving targets‘). Bedingung für die Wirksamkeit der strukturpolitischen Intervention, namentlich wenn sie indirekt, d.h. mit marktorientierten Maßnahmen erfolgt, bleibt aber auch hier eine zugrunde liegende Regulierung der Preise der Investitionsgüter durch die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage.

c) Makroökonomische Steuerungsinstitutionen und -instrumente

Wir haben bereits angedeutet, dass für den Erfolg der strukturpolitischen Makrosteuerung der sozialistischen Marktwirtschaft ein möglichst widerspruchsfreies Miteinander von dezentral über Angebot und Nachfrage bestimmter Marktallokation und auf verschiedenen Ebenen angesiedelter zielgenauer Beeinflussung und Lenkung wirtschaftlicher Entwicklungen namentlich über die Investitionen entscheidend ist. Weder scheint es erfolgversprechend, den Marktmechanismus zugunsten zentraler Planvorgaben zu instrumentalisieren noch sind die vorhandenen zumeist staatlich durch Gesetzgebungen und Verordnungen regulierte Interventionen, die zudem zumeist nachträglich und stets nachgeordnet gegenüber dem Wirken kapitalistischer Marktkonstellationen vorgenommen werden, leuchtende Beispiele für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Neben direkter Rahmensetzung – hier ist zuvorderst die im Zeitablauf allerdings prinzipiell variable Zuordnung von Wirtschaftseinheiten zu den großen Wirtschaftssektoren zu nennen – beinhaltet eine intelligente strukturpolitische Makrosteuerung, die Marktprozesse mit ihrerseits marktmäßig organisierten Institutionen und weitgehend marktkonformen Instrumente zu beeinflussen und dadurch zielgenau zu steuern.¹⁷ Marktmäßig organisierte und unternehmerisch handelnde Institutionen können die Inflexibilität staatlich-administrativer Formen vermeiden, die oftmals der bürokratischen Rationalität der öffentlichen Verwaltung geschuldet sind. Entscheidend ist allerdings, dass die Geschäftsführungen dieser unternehmensmäßig organisierten Institutionen einer wirksamen öffentlichen Kontrolle unterliegen, weil sie zum Teil auch über die Verwendung öffentlicher Gelder (Steuermittel) entscheiden.¹⁸ Es geht

¹⁷ Von der abstrakt-logischen Figur her gesehen, geht es also darum, Marktkräfte auf Marktkonstellationen unter gesellschaftlicher Kontrolle der Rahmenbedingungen wirken zu lassen, ganz so wie die Produktion mit den entwickeltsten Produktivkräften operiert, wenn sie Natur auf Natur, d.h. erkannte und im Arbeitsmittel inkorporierte Naturgesetze auf den Naturstoff (Arbeitsgegenstand) wirken lässt (Marx).

¹⁸ Es geht also genau nicht darum, einen ‚verdienten‘ Staatssekretär oder sonstigen politischen Repräsentanten im Aufsichtsrat zu platzieren oder die Geschäftsführung selbst mit Verwaltungsbeamten zu besetzen. Es ist deutlich, dass es hier Manager braucht, die neben ihrer wirtschaftlichen Fachkompetenz und Führungserfahrung auch den sozialistischen Entwicklungszielen politisch verbunden sind – Qualifikationsmerkmale, die gegenwärtig nach jahrzehntelanger neoliberaler Hegemonie in (Wirtschafts-) Wissenschaft und Unternehmensführungen nicht leicht zu finden sind.

also um eine Balance zwischen unternehmensmäßigem Handeln und politischer Rückbindung der Akteure sowie gesellschaftlicher Kontrolle.

Marktprozesse durch Marktprozesse in politisch gewollte Richtungen zielgenau zu beeinflussen geschieht durch:

- Öffentliche Beteiligungsgesellschaften, die für bestimmte Zeiträume Anteile an den Eigenmitteln resp. dem Kapital von Unternehmen mit privatwirtschaftlicher Rechtsform übernehmen und als Mitunternehmer mit Repräsentanz und/oder Durchgriff auf die Geschäftsführung definierte strukturpolitische Ziele verfolgen und umsetzen; mit der Realisierung dieser Ziele kann die Anteilsbeteiligung in der Regel wieder aufgegeben werden, sodass die finanziellen Eigenmittel dieser Beteiligungsgesellschaften den Charakter revolvingierender Fonds erhalten.
- Kreditinstitute mit besonderen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die Kredite mit strukturpolitischen Auflagen im Rahmen von standardisierten Programmen sowie auf individuellen Antrag an Unternehmen des Marktsektors vergeben. Im Unterschied zur Anteilsbeteiligung ist hier der Einfluss auf die Geschäftspolitik geringer, d.h. die Kontrolle der Zielerreichung geschieht durch laufendes Monitoring und Interventionen erfolgen nur dann, wenn Abweichungen auftreten und Zielerreichungen verfehlt werden.
- Öffentliche Management-Agenturen (in Unternehmensrechtsform, GmbH etc.) auf verschiedenen Ebenen – supranational, national, regional – zur Moderation von Clusterbildungen in Wirtschaftsregionen und Entwicklungspartnerschaften zwischen Unternehmen zur Realisierung von Zielen der Forschungs- und Technologiepolitik, schließlich zur Begleitung und Steuerung von Sanierungs- und Konversionsprozessen sowie zur Ansiedlungspolitik bei Gründungsvorhaben. Hier handelt es sich quasi um in die Marktsphäre vorgeschobenes wirtschaftspolitisches Management unter öffentlichem Einfluss. Dass diese Management-Agenturen mit Beteiligungsgesellschaften und Kreditinstituten eng zusammenarbeiten, versteht sich von selbst, sodass steuernde Einflussnahme mit Mittelbereitstellung Hand in Hand gehen.

Wo diese abgestuft indirekte, mit marktorientierten Instrumenten operierende strukturpolitische Steuerung nicht als ausreichend angesehen wird, kommt die gesamthafte Übernahme von Unternehmen in öffentliches Eigentum (oder im Extremfall: Gründung) zum Tragen. Eine derartige Verstaatlichung kann, muss aber keineswegs dauerhaft sein.

Dass die als Makropolitik ausgelegte Strukturpolitik mit den beiden überkommenen Makropolitiken der Geld- und Fiskalpolitik kohärent abzustimmen ist, ist eine Selbstverständlichkeit und soll ebenfalls wie die Ausrichtung sowohl der Geld- wie der Fiskalpolitik an den übergeordneten wirtschaftlichen Entwicklungszielen nur kurz erwähnt werden. Dabei bleiben die überkommenen Aufgaben der Geld- und Fiskalpolitik – Sicherung der Binnenkaufkraft des Geldes und Kontrolle des Wechselkurses nach außen sowie Glättung konjunktureller Schwankungen durch Stärkung

diskretionärer Investitionen der öffentlichen oder öffentlich induzierten Nachfrage – in Kraft.¹⁹

5. Die kommunistische Vision einer Überflussgesellschaft mit Verteilung nach den Bedürfnissen

Eine sozialistische Marktwirtschaft bleibt trotz den potenziellen Überflusses an Produktionskapazitäten eine Knappheitsökonomie, die durch weiteres Wachstum der verfügbaren Gebrauchswerte (Güter und Dienstleistungen) und eine zugunsten der Arbeitseinkommen veränderte Einkommensverteilung das wirtschaftliche Problem auch in den ‚alten‘ Metropolen mildert, aber nicht aufhebt. Als niedere Phase einer kommunistischen Gesellschaft ist sie nicht der Endpunkt der Geschichte.

Ein beständiger sowie der zusätzliche Potenzen aufgrund der wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance in den Unternehmen freisetzender und mit einer erfolgreichen makroökonomischen Strukturpolitik beschleunigter Produktivitätsfortschritt generiert Früchte, die auf zusätzliche Waren (Dienstleistungen) und zusätzliche frei verfügbare Zeit verteilt werden können. Wachstum des Angebots an Waren einerseits und Eingriffe in die Einkommensverteilung zur Begünstigung der Arbeitseinkommen und gesellschaftlich kontrollierte Einkommensspreizung weisen die Richtung zur schrittweisen Aufhebung der Schranke der Zahlungsfähigkeit der Bedürfnisbefriedigung. Die Relativierung und Herabsetzung der monetären Budgetrestriktion aufseiten der Nachfrager erlaubt die Vermehrung von freien Dienstleistungen und Gütern, zunächst in den überkommenen Nicht-Marktsektoren der Volkswirtschaft und schafft die Bedingungen für eine selbstbewusste Entscheidung der Subjekte zwischen Arbeit und freier Zeit. Werden namentlich Realtransfers, die entweder öffentlich und/oder gemeinwirtschaftlich erbracht oder nur öffentlich finanziert werden, als freie Dienstleistungen der Gesellschaft ohne Äquivalent oder auch nur Nutzungsgebühr zur Verfügung gestellt, werden kommunistische Verteilungsprinzipien ‚jedem nach seinen Bedürfnissen‘ etabliert. Basis bleibt hierfür die Steuer- und Abgabenerhebung bei den Unternehmen und Einzelpersonen.

Damit ist zugleich gesagt, dass Geld auch bei kommunistischen Verteilungsprinzipien nach wie vor eine Rolle spielt, wird doch auch im Nicht-Marktsektor der freien Güter und Dienstleistungen der Ressourcenbedarf durch Geldzahlungen (Steuern/Abgaben) der produktiven Sektoren finanziert. Im Marktsektor selbst können kommunistische Verteilungsprinzipien etabliert werden über die bereits heute diskutierten Formen eines Grundeinkommens, welches ebenfalls steuer- und abgabenfi-

¹⁹ Außerhalb der Betrachtung bleibt vorliegend die Reorganisation der Weltmarktverfassung durch Etablierung einer Welt-Zentralbank für Ausgleich und Steuerung des Welthandels und seiner Verrechnung durch eine internationale Kunstwährung (vgl. Keynes 1943; vgl. auch Krüger 2012b: 518 ff.). Die außenwirtschaftliche Absicherung einer (europäischen) sozialistischen Marktwirtschaft ist durch die Forcierung des Binnenaustausches sowie die Kontrolle grenzüberschreitender Kapitalbewegungen – beides schließt weder Exporte in Regionen außerhalb der Europäischen Union noch insbesondere Direktinvestitionen in Drittländer aus – bestimmt.

nanziert, den Gesellschaftsmitgliedern periodisch zufließt und es ihnen erlaubt, je nach seiner Höhe, die abhängig ist von Entwicklungsstand der Produktivität der Volkswirtschaft, einen wachsenden Teil der individuellen Konsumtion anzueignen. Auch hier sind Geld und Marktverhältnisse sowohl bei der Produktion – Erstellung der Konsumtionsmittel und Verkauf über die Märkte – als auch bei der Finanzierung eines derartigen Grundeinkommens über Steuern und Abgaben nicht obsolet, sondern notwendig. Geld bleibt im Spannungsfeld von einem Vermittler selbstständig in dezentralen Wirtschaftseinheiten verausgabter gesellschaftlicher Gesamtarbeit, die jedoch wegen der gesamtwirtschaftlichen Makrosteuerung sowie der Vergesellschaftungsformen in den Unternehmen nicht mehr private Arbeitsverausgabung nachträglich – und krisenhaft – sanktioniert, und einem Steuerungsinstrument, welches sich dem Ideal des bloßen ‚Auskunftsmittels des gesellschaftlichen Verkehrs‘ annähert, erhalten; je besser die gesamtwirtschaftliche Steuerung funktioniert, je weniger daher erratische Schwankungen den Verlauf des Gesamtproduktionsprozesses beeinträchtigen und beeinflussen, desto mehr wird Geld also zu dem, was ihm die bürgerliche Ökonomie bereits unter kapitalistischen Bedingungen fälschlicherweise, weil unverstanden, zugewiesen hat und zuweist. Ob es dann fürderhin einmal möglich sein wird, dass ohne Geld tatsächlich nach den Fähigkeiten der erwerbsfähigen Gesellschaftsmitglieder in mehr als einem lokalen, sondern einem gesamtgesellschaftlichem Umfang produziert wird, und zwar genau diejenigen Produkte und Dienstleistungen, die der Konsument auch wünscht, und alle Gesellschaftsmitglieder ohne Zahlung von Beiträgen in Geldgrößen dieselben den jeweiligen Vorratsbeständen oder Dienstleistungsangeboten entnehmen können, ist vom heutigen Standpunkt spekulativ.

Literatur

Aganbegjan 1989: Ökonomie und Perestroika, Gorbatschows Wirtschaftsstrategien, Hamburg

Autorenkollektiv 1972: Lehrbuch Politische Ökonomie, Sozialismus, Frankfurt/M.

Bergmann 1998: Auf dem langen Marsch, Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft, Hamburg

Bettelheim 1971: Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München

Keynes 1930: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: N. Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg

- Keynes 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Keynes 1943: Proposals for an International Clearing Union; in: H.G. Grubel (Hrsg.), World Monetary Reform, Plans and Issues, Stanford (Cal.) 1963
- Krüger 2010: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen, Hamburg
- Krüger 2012a: Keynes & Marx, Darstellung und Kritik der ‚General Theory, Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik. Linker Keynesianismus und Sozialismus, Hamburg
- Krüger 2012b: Politische Ökonomie des Geldes, Gold, Währung, Zentralbankpolitik und Preise, Hamburg
- LW 25: W. I. Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin (DDR) 1973
- Marx, Grundrisse: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Rohentwurf 1857-1858, Berlin (DDR) 1953
- MEW 3: K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie; in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3, Berlin (DDR) 1969
- MEW 17: K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich; in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 17, Berlin (DDR) 1971
- MEW 19: K. Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei; in: MEW Bd. 19, Berlin (DDR) 1972
- MEW 20: F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; in: MEW Bd. 20, Berlin (DDR) 1971
- MEW 23: K. Marx, Das Kapital, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Erster Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals; in: MEW Bd. 23, Berlin (DDR) 1970
- MEW 25: K. Marx, Das Kapital, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Bd.: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion; in: MEW Bd. 25, Berlin (DDR) 1970
- MEW 26.3: K. Marx, Theorien über den Mehrwert; in: MEW 26.3, Berlin 1968